Abendausgabe

Nr. 201 ♦ 41. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 101

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig
50 Milliarden

Dienstag
29. April 1924

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Fort mit der Hakenkreuzjustiz!

Festungsprämie für Ludendorffs Plünderer und Räuber.

Das sogenannte Münchener Volksgericht hat die hitlerisch-ludendorffschen Banditen noch milder behandelt, als selbst der Staatsanwalt sie behandelt wissen wollte. Es hat jene Burschen, die mit bewaffneter Gewalt in die Wohnung unseres Genossen Auer einbrachen, dort wie Vandalen hausten, die Gattin Auers mißhandelten, die Einrichtung zerstörten, die ferner die „Münchener Post" heimsuchten und dort Maschinen, Setzerkästen und Geldschränke zertrümmerten, zu Festung verurteilt und dabei ihre „heiße Vaterlandsliebe" besonders zu betonen für zweckmäßig gefunden. Daß der Oberbürgermeister von München und eine Reihe von Stadträten, nur weil sie Sozialisten waren, von diesen Banden gewaltsam an der Ausübung ihres Amtes verhindert, körperlich mißhandelt und dann verschleppt wurden, ist für das Volksgericht ein Ausfluß so „heißer Vaterlandsliebe", daß dafür nur einige Monate ehrenvoller Festungshaft als angemessen angesehen werden und die Bewährungsfrist diese „Strafe" praktisch aufhebt!

Der vollkommene Zerfall deutscher Justiz kommt in diesem Urteil aufs neue zum Ausdruck, ein Zerfall, der auch gut bürgerlichen Deutschen die Röte der Scham ins Gesicht steigen läßt. Wir sehen heute davon ab, daß das urteilende sogenannte Volksgericht an sich rechts- und verfassungswidrig ist, daß es sogar im Gegensatz zu den feierlichen Vereinbarungen der bürgerlichen Reichsregierung mit der bayerischen Landesregierung über den 1. April weg aufrecht erhalten worden ist. Aber die ganze Aufmachung des Prozesses vor dem gesetzwidrigen Gericht zeugte von jener offenen Parteilichkeit, die in Bayern besonders groß gezogen worden ist. Seit Jahr und Tag konnten sich die Hitlerschen Banden erlauben, was niemand sonst in Deutschland erlaubt war. Die Schwäche der bayerischen Regierungskreise und ihre wohlwollende Unterstützung des offenen Aufruhrs haben die Ludendorff-Banden erst zu dem werden lassen, was sie in ganz Deutschland heute bedeuten: zu einer Gefahr nicht nur für den Frieden des einzelnen, sondern auch zu einer Gefahr für die deutsche Rechtseinheit!

Man erinnere sich, daß schon im Januar 1923 über Bayern der Ausnahmezustand verhängt werden mußte, weil die bayerische Regierung mit den bewaffneten Hitlergarden in Konflikt geriet. Schon damals ließ das Ministerium zur Begründung für die Verhängung des Ausnahmezustandes öffentlich verkünden:

„Den Führern der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wurde eröffnet, daß unter diesen Umständen anläßlich ihres Parteitages Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel nicht zugelassen werden. **Sie lehnten die Beachtung dieser Anordnungen ab und drohten, daß der staatlichen Gewalt Gewalt entgegengesetzt werde. Damit hat die „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei" den gesetzmäßigen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angesagt.**"

Der damals neugebackene Generalstaatskommissar teilte zudem der Presse mit, daß Hitler selbst den Polizeipräsidenten, der ihm von dem Verbot der Versammlung unter freiem Himmel Kenntnis gab, mit gewaltsamem Widerstand bedroht habe. Der Polizeipräsident — es war jener Poehner, der später mit Hitler gemeinsam den Aufruhr vom 8. November inszenierte — ließ nicht etwa den Burschen verhaften, sondern schickte ihn ins Ministerium, damit er eine Verständigung suche. Hitler sandte dann zwei Beauftragte zum Minister, um ihn „zur Rede zu stellen" und ihm zu erklären, daß die verbotenen Kundgebungen unter allen Umständen stattfinden würden, „Feiglinge werden nicht dabei sein".

Daraufhin wurde der Ausnahmezustand verhängt. Als erste Maßnahme erfolgte das Verbot sozialdemokratischer Kundgebungen und das Verbot des kommunistischen Blattes. Mit den Leuten aber, die der Regierung offene Gewalt angedroht hatten, wurde weiter verhandelt und die verbotenen Kundgebungen zu fünfzig Prozent gestattet! Die verbotenen Umzüge der Hitler-Banditen fanden trotz allem statt und unter freiem Himmel selbstverständlich auch die ebenso verbotene Fahnenweihe. Hitler konnte dabei die Reichsflagge beschimpfen, ohne gestört zu werden, und der deutschnationale Oberst von Xylander gratulierte öffentlich den Nationalsozialisten dazu, daß sie „trotz aller Furcht und Aengste der „sogenannten" Regierung" ihre Veranstaltungen getroffen hätten.

Zumindest seit jenen Januartagen von 1923 mußte man in Bayern wissen, wessen man sich von den Banden Ludendorffs zu versehen hatte. Man hat sie weiter wirtschaften lassen, als wenn sie die Herren im Staate wären, bis sie am 8. November von ihrem vermeintlichen Recht, den Staat umzustoßen, ganz offen Gebrauch machten. Seit langen Monaten waren die „Sturmtrupps" auf Gewalttätigkeit dressiert, und als die Banditen das Rathaus stürmten und die Stadträte fortschleppten, als sie die sozialdemokratische Druckerei demolierten und in der Wohnung des sozialdemokratischen Führers ihren vandalistischen Gelüsten fröhnten, da übten sie nur aus, wozu sie seit langem erzogen waren. Das sogen. Volksgericht aber erklärte das für einen Ausfluß ihrer Vaterlandsliebe, bedauert, daß es überhaupt eine Strafe aussprechen muß und schickt sie dann in Bewährungsfrist!

Man vergleicht dieses ungeheuerliche Urteil ganz unwillkürlich mit den anderen, die in Bayern gefällt worden sind. Selbst vor diesem Volksgericht wurde ausgesprochen, daß sogar in den schlimmsten Tagen der Rätewirtschaft in München nicht so gehaust worden ist, wie die Zöglinge Ludendorffs gehaust haben. Aber die Politiker, die damals an der Leitung der Räterepublik München beteiligt waren — direkt und indirekt —, sind auf lange Jahre ins Gefängnis gesperrt, das man auf dem Papier als Festung bezeichnet. Ernst Toller, Erich Mühsam und viele andere, denen man idealistische Gesinnung so wenig absprechen kann wie irgendeinem derer, die um Ludendorff wie Planeten um die Sonne schwirren, werden in ihrer Haft behandelt, als wenn sie Verbrecher am geheiligten Eigentum wären. Den Sozialisten Fechenbach hält man noch immer im Zuchthause fest, wo er nach dem Willen der bayerischen Richter elf Jahre zubringen soll, weil er als Berufsjournalist Nachrichten im Auslande veröffentlichte. Man vergleicht das neueste Urteil des weiteren mit all jenen furchtbaren Strafen, die gegen sozialistische und kommunistische Arbeiter verhängt wurden, weil sie die Republik verteidigten, in deren Namen auch das Volksgericht von München Recht sprach und von der auch die Richter dieses Gerichts Bezahlung empfangen.

Das Urteil wirkt in seiner brutalen Nacktheit wie eine Prämie auf nationalistische Gewalttaten. Es wirkt aber darüber hinaus geradezu aufreizend auf alle, die der Deutschen Republik eine innere Gesundung und friedliche Entwicklung wünschen. Wir Sozialdemokraten, die gegen die gewalttätigen Methoden der Kommunisten in dauerndem Kampfe stehen, die wir die irregeführten Arbeiter von der Zwecklosigkeit und Schädlichkeit solcher Gewaltmethoden zu überzeugen suchen, vermissen auf der anderen Seite eine gleich entschiedene Bekämpfung der nationalistischen Gewalttheorien durch die bürgerlichen Rechtsparteien. Dieselben, die über jede kommunistische Ausschreitung ein Riesengeschrei anstimmen, das von Tilsit bis Wesel schallt, haben für alle brutalen Vergewaltigungen nur liebevolle Entschuldigungen, wenn sie von den Anbetern Walhalls begangen worden sind. Man sieht das jetzt wieder an dem Fall der kommunistischen Tscheka, an dem von ihr geplanten Mordanschlag auf Seeckt und was damit zusammenhängt. Darüber bringen die Rechtsblätter spaltenlange Berichte, während sie von der völkischen Feme-Organisation nichts wissen und während es von dem Fall Grandel-Thormann merkwürdig still über den Gewässern geworden ist. Man erfährt nichts mehr, was es mit diesem nationalistischen Mordanschlag auf Seeckt auf sich habe. Aber als die ersten Nachrichten von ihm in die Oeffentlichkeit drangen, da bemühten sich gerade diejenigen deutschnationalen Zeitungen, die den Hitler-Leuten von je die Stange hielten, um den Nachweis, daß das ganze Attentat auf Seeckt irgendeine Spitzelarbeit darstelle.

Die nationalistische Presse mit ihrer Verdummungstendenz auf der einen und mit ihrer Verhetzung auf der anderen Seite bildet den Schleppenträger einer Justiz, wie sie sich jetzt in München wieder offenbart hat. Jener Teil des Bürgertums, dem wirklich jede Gewaltanwendung ein Greuel ist, findet nicht die Kraft, sich selbst gegen diese nationalistischen Banden zur Wehr zu setzen und die publizistische Verherrlichung der Ludendorff-Methoden zu verhindern. Kann er sich dann darüber wundern, daß nicht nur in kommunistischen Arbeiterkreisen jeder Glaube an wirkliche Gerechtigkeit in Deutschland schwindet, und daß selbst nüchtern urteilende und die Zusammenhänge klar überblickende Arbeiter von tiefem Groll erfaßt werden angesichts solcher Urteile, wie sie in München gefällt wurden? Kann man sich darüber wundern, wenn jetzt sogar in der Reichshauptstadt bandenmäßig auftretende Hitlergestalten von jedem Republikaner als eine Provokation empfunden werden?

Das Münchener Urteil ist ein Symptom und ein Signal. Ein Symptom für die Durchsetzung der bürgerlichen Welt mit nationalistischer Gewaltanbetung. Und ein Signal für alle, die daraus die erwachsende Gefahr für das Volksganze zu erkennen vermögen. Es ruft jeden ehrlichen Mann und jede Frau auf, gegen diese nationalistische Hirnseuche auf den Plan zu treten. Wer in Deutschland verhindern will, daß die Rechtsprechung in den Dienst nationalistischer Räuberromantik gestellt wird, wer am Glauben festhält, daß ein einheitliches Recht und nicht eine parteiische Justiz in Deutschland herrschen muß, wer die Republik vor ihrer Zerstörung durch die Komitatschi Ludendorffs sowohl wie vor ihrer Aushöhlung durch eine falsche Rechtsprechung verhindern will, der darf am 4. Mai nicht fehlen! Er muß durch die Wahl von Sozialdemokraten dafür sorgen helfen, daß die völkischen Bäume nicht in den Himmel wachsen und daß die Justiz endlich wieder Recht zu sprechen lernt!

Hunderttausende politisch unaufgeklärter Frauen und Männer

wissen auch heute noch nicht, wen sie am 4. Mai wählen sollen. — Sagt es ihnen!

Genossinnen und Genossen! Hunderttausende Stimmen sind noch zu gewinnen, wenn Ihr auf dem Posten seid!

Deutsches Bürgertum.

Feststellung eines Zentrumsmannes.

In der „Germania" veröffentlicht Adam Roeder, der bekannte früher konservative süddeutsche Schriftsteller, den das Zentrum auf eine sichere Stelle des Reichswahlvorschlages gesetzt hat, eine treffende Charakteristik der reaktionären Strömungen im deutschen Bürgertum. Er schildert das Wiedererwachen der Reaktion, die 1918 nicht den Mut hatte, offen aufzutreten und sich zu verteidigen. Er kommt zu einem vernichtenden Urteil:

„Die übergroße Mehrheit der heutigen Rechtsstehenden sieht bloß, daß sie von der Macht entfernt ist und viele Steuern zahlen muß; sie will gerne wieder katzbuckeln, wenn sie nur wieder zu Macht, zu Einfluß, zur wirtschaftlich-sozialen Präponderanz kommt, wenn sie die Mit-Herrschaft der Masse, die Betriebsräte und den Achtstundentag los werden und die übermäßigen direkten Steuern. Es ist durchaus berechnende Demagogie, wenn das Bürgertum Nationalismus, Monarchie und Antisemitismus vorschiebt, weil es weiß, daß diese Dinge einen Wert des Gefühlsmäßigen und Instinktmäßigen besitzen, der die Ratio des politischen bei weitem übersteigt. So begreift es sich auch, daß diese „Rechts"-Richtung — es ist bezeichnend, daß man das geschichtliche Ehrenwort „Konservativ" vermeidet — aus allen bürgerlichen Lagern, aus dem katholischen, aus dem liberalen, aus dem demokratischen, Zulauf findet. Der „Bourgeois", er, der im schwersten Kampf gegen die feudalistischen herrschenden Gewalten von 1789 an seine Emanzipation und Gleichberechtigung errungen hat, ist von skrupelloser reaktionärer Gesinnung, wenn sich darum handelt, dem vierten Stande wirtschaftliche, soziale und politische Gleichberechtigung zu gewähren."

Roeder kommt zu dem Ergebnis, daß die meisten Erscheinungen der augenblicklichen Reaktionswelle Zeichen des Niederganges sind.

Der verlorene Krieg, den der Hochmut, der Generals-, Leutnants-, Feldwebel- und Unteroffiziersgeist des preußischen Militärs und seiner Affiliierten, des Nationalismus und Chauvinismus, als Tatsache nicht innerlich verwinden kann, für den der Generalsgeist auch heute noch immer andere Ursachen sieht, als sie es in Wirklichkeit sind, die aber für jeden, der gerecht und unbefangen denkt, auf der Hand liegen.

Man muß wirklich schon ein Leutnant oder farbentragender Student vom Hakenkreuz sein, aber

mit Adolf Hitlerschen Gedankengängen das Negativum des menschlichen Verstandes massiert haben, um glauben zu können, daß der Dolchstoß von hinten den Krieg verlor und die wirtschaftliche Deroute in Deutschland von einer Handvoll literarisch, politisch oder wirtschaftlich tätiger Juden veranlaßt sein könne. Es ist der Niedergang des deutschen Charakters, daß eine so geformte Ideenwelt, von Niedergangs- und Zusammenbruchselementen propagiert, in den Kreisen deutscher Bildung Eingang finden konnte. Wenn in 73 Verbänden des deutschen Rechtsradikalismus junge, unerfahrene Männer, die nicht von des Gedankens Blässe angekränkelt sind, sich zusammenschließen — und dabei sich wieder nach guter deutscher Gepflogenheit untereinander bekämpfen bis aufs Blut —, den Revanchekrieg predigen, mit Fäusten, Attentaten Widerstand leisten, eine Erhebung hervorbringen, Juden, Marxisten und Besatzungsfranzosen totschlagen wollen, so kann man dies Exzdat einer Mischung von falsch gerichtetem Idealismus und Fanatismus halbwegs verstehen; daß aber von deutschen volljährigen Männern solche Ideen zur Unterlage praktischer Politik gemacht werden, das ist ein Verbrechen, für das es keine Entschuldigung gibt."

So spiegelt sich das deutsche Bürgertum, wie es leibt und lebt, im Urteil eines anständigen bürgerlichen Politikers wieder. Es ist gut, daß Roeder bei seiner Charakteristik nicht vergessen hat, zu betonen, daß die soziale Reaktion, die sich der nationalistischen Phrase, der Hitlerschen Reklame und der Schlagworte der großindustriellen Presse nur gar zu gern bedient, aus allen bürgerlichen Lagern Zulauf erhält. Wenn auch die reaktionäre Welle in der letzten Zeit fühlbar abgeebbt ist und die Arbeiterschaft wirtschaftlich und politisch neu erstarkt, so kann doch nicht vergessen werden, daß keine einzige bürgerliche Partei einen ernsthaften und zuverlässigen Damm gegen die soziale Reaktion mit aufzurichten geholfen hat. Die Mittelparteien reden auch jetzt noch gelegentlich davon, daß die Sozialdemokratie durch ihren Austritt aus der Reichsregierung „bewiesen" habe, daß sie die Verantwortung der Regierung nicht habe dauernd tragen wollen und können. Männer, wie Roeder, werden wissen, daß in Wirklichkeit die Mittelparteien nicht den Mut hatten, sich den allgemeinen reaktionären Strömungen entgegenzustellen und daß sie aus Feigheit vor der Verantwortung wider besseres Wissen auch in ihrer inneren Politik anfingen, die abschüssige Bahn zu betreten, die über Bayern ins völkische Lager hätte führen müssen. Die Arbeiterschaft kann jedenfalls, genau so wie alle an einer freiheitlichen Entwicklung Interessierten, in den bürgerlichen Mittelparteien keinen zuverlässigen Schutz für eine freiheitliche Entwicklung Deutschlands finden. Sie weiß, daß dieser Schutz nur in der festgefügten Organisation der sozialistischen Massen, in der Sozialdemokratie liegt.

Ein deutschnationaler „Arbeiter"-Kandidat.

Im volksparteilichen Spiegel.

Das volksparteiliche „Nachrichtenblatt für Teltow-Beeskow" bringt eine Charakteristik des famosen Herrn Geisler, der wir nichts hinzuzufügen haben. Es schreibt über diesen „Arbeiterführer":

„Zu Beginn des Jahres 1920 wurde Herr Geisler als Gewerkschaftssekretär des Deutschen Arbeiterbundes nach Bremen gerufen, um dort die Organisation des Deutschen Arbeiterbundes wieder aufzunehmen. Er wohnte in Bremen im zweitbesten Hotel, im Hotel Alberti, und hatte dort eines der reizendsten Zimmer des Hotels inne. An Unkosten betrug sein monatlicher Aufenthalt mehr als 3500 M., sich selbst setzte er ein Monatsgehalt von 2000 M. aus, ein Betrag, der etwa dem Vierfachen des Gehalts eines mittleren Beamten gleichkam. Die Angelegenheit wurde später unter seinen Kollegen bekannt und der Aerger über dieses Bonzentum war selbstverständlich sehr groß. Interessant ist dabei, daß er die obenerwähnten Auslagen für einen Monat nicht nur bei seinem Auftraggeber liquidierte und bezahlt erhielt, sondern auch bei der Hauptgeschäftsstelle seines Bundes. Es gibt Leute, die darüber noch einiges Interessante sagen können.

Herr Geisler wurde dann Abgeordneter der Deutschen Volkspartei. Gewiß waren bei seiner Aufstellung lebhafte Bedenken eingewandt worden, er siegte aber schließlich, denn die Mehrzahl der Delegierten überschätzte seinen Einfluß und seine Anhängerschaft. In der Fraktion der Deutschen Volkspartei war Herr Geisler einer der jüngsten Abgeordneten. Es kam schließlich so weit, daß er aus der Fraktion ausscheiden mußte. In einer Fraktionssitzung wurde ihm in einer Entschließung einstimmig bescheinigt, daß er bewußt wahrheitswidrig gehandelt habe. Herr Geisler hatte damals als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei in gegnerischen Blättern zu entscheidenden und wichtigen Gesetzen gegen die Deutsche Volkspartei Stellung genommen und sich einer höchst überflüssigen Polemik gegen die Deutsche Volkspartei befleißigt. Das gab der Fraktion Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß sein Verhalten mit seinem Mandat als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei nicht vereinbar sei. Herr Geisler hat damals eine Erklärung abgegeben, die in ihrem Hauptinhalt folgenden Wortlaut hat:

„Ferner verpflichte ich mich, künftig in meinem politischen Verhalten nach außen unbedingt diejenige Grenze einzuhalten, die die Rücksicht auf die Gesamtpolitik und Geschlossenheit der Partei erfordert."

Ueber diese seine Erklärung und die dabei gepflogenen Verhandlungen hatte Herr Geisler in der Presse eine Darstellung verbreitet, von der, wie bereits gesagt, ein einstimmiger Beschluß der Gesamtfraktion besagt, daß sie bewußt wahrheitswidrig sei."

Es versteht sich, daß dieser ehrenwerte Herr als Vorsitzender der „vaterländischen" Verbände zu den Erneuerern Deutschlands gehört, die uns aus „sittlichem Verfall" befreien wollen!

„Staatsbürgerliche Erziehung".

Politische Verhetzung der Schuljugend.

Die in Hamburg herausgegebene Zeitschrift „Die Fanfare" tritt angeblich dafür ein, daß die „deutsche geistige Jugend" „ohne die Gesinnungsbrille" der Partei durch das Leben gehe. Dies suchen die Herausgeber zu erreichen durch eine kaum glaubliche Anhäufung von Schimpfworten. „Ein immer dieselbe Litanei herblökendes Stimmvieh mit stumpfsinnig auf den Leithammel glotzenden Augen pilgert gläubig zur Wahlurne und verrichtet die Wahlhandlung".

Ueber den Reichstag wird das folgende Urteil gefällt: „Welch jammervolles, zugleich beschämendes und tieftrauriges Bild bietet die Volksvertretung, die sich in diesen Tagen Schlimmeres antut, als je der heftigste Feind ihr antun würde. In himmelschreiender Ohnmacht und verzweifelter Ratlosigkeit taumelt man von einer lügnerischen Verlegenheitslösung in die andere. „Seht ihn euch doch an, den Deutschen Reichstag aus dem Jahre der Heillosigkeit 1923: Verhetzer rechts, Verhetzer links, der Kompromißler in der Mitte!"

Das Unglaublichste ist es aber, daß der Direktor der Berliner Bertram-Realschule, Professor Dr. Kuttner, die Schüler auf dieses Lexikon von Schimpfworten aufmerksam gemacht hat, indem er vor einiger Zeit am schwarzen Brett ein Werbeplakat aushängte. Dies ist eine große Leichtfertigkeit. Denn es ist nicht anzunehmen, daß er die empfohlene Zeitschrift selbst gelesen hat. Einem deutschen Beamten, der doch den Eid auf die Reichsverfassung geleistet hat, ist es nicht zuzutrauen, daß er unter seinen Schülern Propaganda für ein Blatt macht, in dem von Spenglers Schrift „Preußentum und Sozialismus" ohne ein Wort der Kritik eine Inhaltsangabe abgedruckt wird, worin die Nationalversammlung in folgender Weise charakterisiert wird: „Eine Versammlung ratloser Parteiführer, die behaupteten, Vertreter des deutschen „Volkes" zu sein, tagte zu Weimar und gab dem deutschen Volk eine Verfassung." „Es war eine große Pleite."

Wir erwarten von dem preußischen Kultusminister, daß er die Verbreitung der Zeitschrift in den Schulen verbietet und gegen die Lehrer, die gegen das Verbot verstoßen, disziplinarisch einschreitet. Wir können dies um so eher von ihm annehmen, als er einer der Parteiführer der Deutschen Volkspartei ist und als solcher ja auch zu den sogenannten „Parteiagenten" gehört, die nach der Ansicht der Herausgeber „kriecherische, augendienerische und speichelleckerische Schnüffler sind und einen Ablaßhandel treiben (schnöder und unverhüllter, als es jemals der katholische!), wider den vielleicht einmal ein parlamentarischer Luther aufstehen wird!"

Der Landesrat des Saargebietes wählte den kommunistischen Abg. Sitter mit 15 von 28 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten. Die übrigen Stimmzettel waren weiß. Die Wahl war notwendig geworden durch die Ernennung des bisherigen Präsidenten Koßmann zum Saarmitglied der Regierungskommission.

Lausbüberei statt Weltrevolution.

Kommunistenkampf gegen sozialdemokratische Plakate.

Aus allen Teilen Berlins kommen entrüstete Klagen unserer Genossen über das Treiben der Kommunisten, die die sozialdemokratischen Plakate herunterreißen und überkleben. Unsere Genossen erklären, daß sie sich das nicht gefallen lassen werden und zur gleichen Taktik gegen die Kommunisten übergehen werden, wenn der Unfug nicht sofort aufhört.

Wenn die Kommunisten den Sozialdemokraten die Wahlplakate herunterreißen und dadurch die Sozialdemokraten zwingen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, so ist das offenbar der „revolutionäre Klassenkampf gegen die Bourgeoisie", wie er den Kommunisten vorschwebt.

Was die Kommunisten treiben, ist nicht Weltrevolution, sondern Lausbüberei. Jeder ehrliche Arbeiter wendet sich von solchem Gebaren mit Ekel und Verachtung ab!

Die belgisch-französische Einigung.

Paris, 29. April. (WTB.) Ueber die gestrige französisch-belgische Konferenz berichtet „Echo de Paris", die Besprechung am Vormittag habe der französisch-belgischen Politik im Ruhrgebiet im allgemeinen gegolten, während am Nachmittag im Beisein von Sachverständigen einige Spezialfragen zur Erörterung gekommen seien. Nach dem „Petit Parisien" habe man sich leicht über die Notwendigkeit geeinigt,

die Reparationskommission handeln zu lassen,

die damit beauftragt sei, die zur Ausführung des Sachverständigenplans notwendigen Maßnahmen vorzubereiten. Man habe sich ferner dahin entschieden, daß die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebiets nicht die Zurückziehung der Truppen in sich schließe, die — wenn auch herabgesetzt und in wenig sichtbarer Weise — zurückbleiben müßten bis zu dem Augenblick, in dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Andererseits aber könne

die wirtschaftliche und die administrative Einheit Deutschlands

nach dem von den Sachverständigen ausgedrückten Wunsch progressiv wiederhergestellt werden, aber erst nachdem der Dawes-Bericht in Ausführung begriffen sei. Was die französisch-belgische Eisenbahnregie anbetreffe, so sei man übereingekommen, daß sie in dem allgemeinen Eisenbahnnetz aufgehen könne, daß aber alle Maßnahmen getroffen werden müßten, um die Sicherheit der französisch-belgischen Truppen zu gewährleisten.

Nach dem „New York Herald" sollen gestern zwei Beschlüsse gefaßt worden sein: 1. Es solle versucht werden, die von den Alliierten im Falle einer deutschen Verfehlung gemeinsam durchzuführenden Strafmaßnahmen festzusetzen. 2. Belgien und Frankreich werden im Ruhrgebiet bleiben, bis der Dawes-Plan zufriedenstellend funktioniere. Es verlaute, daß Theunis in seinen Besprechungen mit Macdonald die Beschlüsse als Grundlage für die

Wiederherstellung der englisch-französischen Entente

vertreten werde. Er gehe von dem Gedanken aus, daß es nach den französischen und den deutschen Wahlen möglich sein werde, die politische Seite des Dawes-Planes mit größerem Entgegenkommen von beiden Seiten zu regeln. Die französische und die belgische Regierung würden wahrscheinlich ihre Vertreter in der Reparationskommission anweisen, die technische Organisation, die der Dawes-Plan vorsehe, so rasch wie möglich zu vervollständigen und die Bankiers anzugehen, bei der Vorbereitung der ersten Anleihe von 800 Millionen keine Zeit zu verlieren.

Ein neuer Schritt zur Verständigung.

London, 29. April. (WTB.) Der Berliner Berichterstatter der „Times" schreibt, die Ernennung deutscher Vertreter in die verschiedenen Kommissionen müsse ein neuer Schritt in Richtung auf eine Annahme der Sachverständigenberichte sowohl nach dem Geiste als auch nach dem Buchstaben angesehen werden. Es könne wenig Zweifel bestehen, daß die deutsche Regierung beschlossen habe, den Bericht als Ganzes anzunehmen, mit keinem anderen Vorbehalt als den aus dem Bericht selbst entstehenden.

Der Musiker.

Ein Beitrag zur Berufswahl von Elvira Rosenberg-Sturm.

Der junge Nachwuchs will in die Berufe strömen. Einige Worte daher zu dem des Musikers. Denn an keinem ist die durchlüftende Umwälzung von 1918 so spurlos vorübergegangen, als an dem die Menschen so unendlich erhebenden und erfreuenden des Musikers. Noch immer ist, von wenigen Großstädten abgesehen, sein Beruf völlig vogelfrei. Vogelfrei in Ausbildung und in Bezahlung. Im allgemeinen pflegen die Menschen ihr Vergnügen sich etwas kosten zu lassen; in bezug auf die Musik dabei sind sie knauserig und daher rührend anspruchslos. In jedem Gewerbe werden die Pfuscher rücksichtslos bekämpft, nicht nur durch die Zunft selbst, sondern auch durch das Gesetz. In der Musik jedoch haben sie einen ungestörten Tummelplatz als Charlatane und Lohndrücker.

Große Summen wenden die Staaten an Malerei und Plastik; die Musik hat das Nachsehen von jeher dabei. Jeder größenwahnsinnige Jungbachs kann ohne weiteres in den Künstlerfrack steigen. Kein Beruf ist daher so mit Unwürdigen durchsetzt als dieser. Die ernsten Musiker wissen das nur zu gut. Seit einem Menschenalter flehen sie den Staat um den Zwang des Befähigungsnachweises an, vergeblich.

Mit Ausnahme der ganz Großen in der Musik hungern sie alle wieder. Der kurze Gegenglanz der Vorkriegs-Caféhaus-Musiker ist dahin. Die Anzahl der Cafés stark vermindert. Die Konkurrenz erdrückend, vermehrt noch durch die entlassenen Militärmusiker. Schlimm für den Schüler, besonders der Großstädte, ist eine gewisse Kategorie der Unterrichtenden. Annoncen preisen ihn an wie Hühneraugenmittel. Erfolg: der begabte Schüler wird verdorben, kommt nicht vorwärts, die Eltern, sich das letzte versagend, verzagen, der Junge verzweifelt. Denn Talent ist sicher der ehrlichste Kritiker immer selbst. Diese Sorte Lehrer sagt nie dem Schüler, unter Umständen grob aber ehrlich: „Geh lieber Holz hacken als Geigespielen. Bestenfalls wirst du Mittelmaß. Suche dein Brot wo anders."

Geradezu tragisch ist hierin das Gebiet des Gesanges. Und am übelsten natürlich sind die Kinder des Proletariats dran. Denn völlig hilf- und ratlos können sie nur gewarnt werden, dieser dornenvollen Laufbahn sich zu widmen. Geld und Stimme sind oft beide verloren und — das böseste — die Zeit dazu, in der etwas Nützliches gelernt werden konnte.

An Holzbläsern, machte die Hochschule für Musik vor einiger Zeit bekannt, sei Mangel, so daß sie zu Ermäßigungen und Vergünstigungen bereit sei. Freilich: da würde der feste Wille zur völliger Hingabe an das Instrument verlangt, das in der Menge verschwindet. Nur wenigen Instrumenten ist ja die Führung und die zur Schau gestellte Persönlichkeit gestattet. Bei diesen Wenigen liegen die Lorbeeren. Und sehr viel Eitelkeit in der Kunst will lieber Lorbeeren ernten als ernste Arbeit leisten. Lorbeeren und Geld. Das Bürgertum als Klasse hebt sich ab, und abheben von der Masse wollen sich auch seine Träger. Bei solchen Instrumenten wäre dann und wann noch Raum. Verschwiegen darf natürlich nicht werden, daß die Gefahr des beschränkten Tätigkeitsfeldes besteht.

In den kleinen Städten blühen die Lehrlingsquetschen mit ihrem üblen Ausbeutungssystem, bei dem Schmalhans Küchenmeister ist. Denn der Musikerlehrling steht in Kost beim Herrn Kapellmeister. Mit Mühe konnte ich den Sohn einer verwitweten Genossin vor einer solchen bewahren. Sie verstand mich gar nicht. Der Junge sollte sich doch nur nicht so quälen im Leben. Der aber, der sich vor den vielen Moll- und Durakkorden graulte, bei deren Auswendiglernen es Hiebe setzte, mehr als bei dem Arbeiten auf der Ziegelei, griff freudig nach meinem Rettungsanker. Und die Musik hatte einen Lohnsklaven weniger. Die ungeheuerliche Konkurrenz des militärischen Staates mit seinen Militärmusikern ist zwar in der Blechmusik vermindert, da kein Nachwuchs herankommt. Aber dementsprechend hat auch das Interesse an Blechmusik erheblich abgenommen. . . . Als reine wirtschaftliche Beratung kommt in erster Linie stets die Hochschule für Musik, Berlin-Charlottenburg, in Frage.

Leider ist im Proletariat seit ungefähr einem Jahrzehnt die Unsitte verbreitet, Geld an unnütze Klavierklimperei der Kinder zu verwenden. Das musikbegabte Kind hebt sich bereits ab im Gesang, mit der Mundharmonika, der Mandoline. Ist hier der kräftige Hauch von Rhythmus, Leidenschaftlichkeit des Gefühls, leichtes Tontreffen, Melodiegedächtnis zu spüren, dann wäre ein ernstes Instrument zu wagen. Zunächst als reine Ausübung musikalischer Fähigkeiten, die zu allen Stunden reinste Lebensfreude oder Trost gewähren können. . . . Faulheit und Trägheit aber sind stets ernste Warner. Denn nicht nur Genie ist Fleiß, sondern auch Talent, das entwicklungswillige, sucht fleißig zu sein. Sind solche Vorzeichen für das Kind erfüllt, gehe man in die Sprechstunde entweder des Musikschullehrers einer weltlichen Schule oder des Stadtschulrats oder einer proletarischen Partei und lasse sich raten. Auf jeden Fall hüte man sich, den Musikerberuf als einen von vielen zu nehmen.

Raum für alle Begabungen ist nur im sozialistischen Staat. Daher hat es das Kind des Proletariats in der Kunst besonders schwer, und nur unter äußerster Vorsicht darf es das Land der Musik im bürgerlichen Staat betreten.

Die Besteigung des Mount Everest, von dem die Zeitungen so viel berichtet haben, kann man jetzt auch im Film miterleben. Während die neue Expedition unterwegs ist, die hoffentlich zur völligen Bezwingung des höchsten Berges der Welt (8882 Meter) führen wird, können wir im Blüthner-Saal eine anschauliche Vorstellung davon gewinnen, mit welchen Schwierigkeiten und Strapazen die englische Expedition im vorigen Sommer zu kämpfen hatte und welche interessanten Einblicke in die grandiose Natur des Himalaja („Sitz des Schnees") und das merkwürdige Völkerleben an seinem Fuße sie eröffnete. Die Expedition, die 1500 Menschen beschäftigte, um durch Urwald und durch Steppen und Wüsten Proviant und Material transportieren zu lassen, wird uns im Bild sehr lebendig vorgeführt. Die Schönheiten tropischer Gebirgslandschaften mit dem üppigsten Wachstum einer Treibhausatmosphäre, die Oede des tibetanischen Hochlandes, die Wildheit und Erhabenheit der Eisregionen mit ihrer geradezu phantastischen Schneearchitektur und daneben das Leben und Treiben der noch ganz unberührten Tibetaner, die Merkwürdigkeiten ihrer religiösen Kultur (mit großen Tanzvorführungen) — alles dies und vieles andere steigt im Filmbilde vor uns auf. Zum Schluß kommt dann das gigantische Ringen mit dem Berge selbst; die Ausrüstung, die Anlage der verschiedenen Lager und die Vorstöße der Kletterrupps (zuletzt mit Sauerstoffapparaten ausgerüstet, um die dünne Luft zu ertragen) wird anschaulich gemacht. Dreimal wird der letzte Angriff angesetzt: keiner führt bis zur Spitze. Ein paar hundert Meter bleiben unbezwungen. Wetterkatastrophen und die enorme Kälte verhindern den letzten Triumph. Ein Teil der kühnen Pioniere wird von einer Lawine verschüttet. Aber aus den Erfahrungen wird man lernen, und in diesem Jahr dem höchsten der Eisriesen sein letzte Geheimnis entreißen.

Kant-Ausstellung in der preußischen Staatsbibliothek. Die preußische Staatsbibliothek hat aus ihren Beständen eine Reihe von Kants Schriften und auf Kant bezügliche Bücher ausgestellt. Interessieren dürften besonders die Kant-Autographen. Ein Zettel aus dem Jahre 1802 zeigt Königsberger Geburts- und Todesstatistiken, wie sie von Kant in seinen letzten Lebensjahren häufig geführt wurden. Es folgen dann Aktenstücke, die sich auf die Verweigerung der Druckerlaubnis für einen Aufsatz Kants beziehen, der in der „Berlinischen Monatsschrift" erscheinen sollte. Ein mehrfach korrigierter Entwurf Kants zu einer Antwort an König Friedrich Wilhelm II. bekundet, welche Mühe er darauf verwandt hat, um sich gegen die ihm widerfahrene Maßregelung zur Wehr zu setzen. In den nächsten Schaukästen erscheinen die Schriften Kants, soweit sie zu seinen Lebzeiten herauskamen, in chronologischer Reihenfolge, sowie einige der vielen Kantischen Zeitschriftenaufsätze und Notizen. Von der Erstausgabe der Kritik der praktischen Vernunft liegt Kants Handexemplar vor, das eine eigenhändige Anmerkung Kants sowie ein Autogramm Arthur Schopenhauers enthält. Nachgelassene und von Freunden und Anhängern herausgegebene Schriften, die Gesamtausgaben sowie Nachschriften von Vorlesungen Kants schließen die eine Hälfte der kleinen Ausstellung ab. Die auf der anderen Seite befindlichen Schaukästen geben zunächst die zeitgenössische, dann eine Auswahl der späteren in- und ausländischen Literatur, die auf Kant ausdrücklich bezug nimmt. Der letzte Schaukasten enthält eine Zusammenstellung von Kant-Bildnissen.

Die Ausstellung ist bis zum 3. Mai einschließlich, an Wochentagen von 10 bis 3 Uhr, unentgeltlich geöffnet.

In der Urania ist die Uraufführung des Films: „Die Geschlechtskrankheiten", die am Dienstag stattfinden sollte, verlegt worden.

Wer sind die Mörder?

Kommunisten oder Deutschvölkische?

Auf Grund der bisherigen Untersuchungen der Justizbehörden war durch die Presse eine Meldung gegangen, die auch der „Vorwärts" gebracht hatte, daß die Ermordung des Kommunistenführers Jonas aus Hagenow in Mecklenburg auf eine Feme in der Kommunistischen Partei zurückzuführen sei. Die „BZ." bringt jetzt über diesen Mord eine Darstellung, die das größte Aufsehen erregen muß. Danach hat Jonas nicht nur für die Kommunisten, sondern auch für die Völkischen gearbeitet, ein bei den extremen Parteien, wie bekannt, nicht seltenes Verfahren. Für die Arbeit bei den Völkischen soll Jonas bedeutende Geldmittel erhalten haben, die seine wirtschaftlichen Verhältnisse „unvermittelt und in auffallendem Maße" besserten. Wiederholt „hat Jonas zu Vertrauten auch geäußert, die Deutschvölkischen muteten ihm Handlungen zu, die er mit Rücksicht auf seine Familie nicht ausüben könne".

Die „BZ." spricht den Verdacht aus, daß es sich im Falle Jonas, genau wie bei der Beseitigung des Kadow im Walde bei Parchim, der ja auch bei den Kommunisten für die Deutschvölkischen und bei den Deutschvölkischen für die Kommunisten spitzelte, um einen völkischen Fememord handelt. Ob allerdings die mecklenburgischen Justizbehörden, die bisher den Spuren dieser Verdachtsmomente noch nicht gefolgt sind, besonders geeignet sind, völkische Fememorde aufzudecken, das möchten wir nach den Erfahrungen, die wir ganz besonders bei dem Parchimer Fememord machen konnten, vorläufig bezweifeln. Es dürfte gut sein, wenn der Staatsgerichtshof in Leipzig, der auch die Einzelheiten des Parchimer Fememordes mit anerkennenswerter Energie verfolgt hat, sich dieser Sache annimmt. Das Banditentum muß, von welcher Seite es auch kommen mag, mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Die örtlichen Justizbehörden entwickeln nicht immer die Energie, die dazu notwendig ist; vor allen Dingen gehen sie den politischen Wurzeln dieser Mordtaten nicht nach.

Auch sonst ist dafür gesorgt, daß im völkischen Lager keine Ruhe einkehrt. Seit dem Hagenower Mord ist der deutschvölkische Landtagsabgeordnete Giese spurlos verschwunden. Zunächst wurde verbreitet, er befände sich auf einer Italienreise. Jetzt bequemt man sich selbst bei den Völkischen zu dem Zugeständnis, daß Giese „sobald nicht zurückkomme". Diese Möglichkeit besteht auch, denn Giese ist flüchtig. In deutschnationalen Kreisen will man wissen, es handle sich um sittliche Verfehlungen, während aus völkischen Kreisen verlautet, es handle sich um Unstimmigkeiten in der Verwaltung von Parteigeldern.

Ludendorff will nicht in den Reichstag.

Ein Judenstämmling weniger.

Nach Münchener Meldungen, die von der „Süddeutschen Zeitung" in Stuttgart verbreitet werden, denkt Ludendorff nicht daran, ein Reichstagsmandat anzunehmen. Das wäre menschlich verständlich, denn nirgends wird Ignoranz so schnell an den Pranger gestellt wie im Parlament. Ludendorff soll die Absicht haben, sofort nach der Wahl auf sein Mandat zu verzichten. Das soll auch für die auf der deutschvölkischen Liste stehenden Münchener Helden Pöhner und Kriebel gelten. Es sind nach der Versicherung des Blattes nur „Namen, die mit der Stärke eines Programms auf die Wähler wirken sollen".

Es ist wirklich schade, daß Erich Ludendorff nicht den Deutschen Reichstag zieren will. Schade nicht nur deshalb, weil er dort seines Ruhmes sehr bald entkleidet werden würde, sondern auch deshalb, weil in den Reichstag dann ein Judensprößling weniger einzieht. Bekanntlich war in den „Familiengeschichtlichen Blättern", dem Organ des Deutschen Familienarchivs in Leipzig, zu lesen, daß Erich Ludendorff, der Abgott der Hakenkreuzler, ein — Judenstämmling sei. Einer seiner Vorfahren, der Stettiner Kaufmann Karl Otto Ludendorff, hat nämlich die Tochter eines jüdischen Seifenhändlers Abraham Weilandt in Stettin geheiratet! Diese Schande wird wohl nie ganz aufgeklärt werden, denn auch der dunkle Punkt mit der jüdischen Großmutter Wulles, der lichten arischen Baldurgestalt im Reichstag, ist immer noch nicht restlos geklärt worden. Die verdammten Juden haben eine merkwürdige Fähigkeit, sich bis in die allerreinsten und urarischsten Familien unserer heldischen Befreier und Erneuerer einzuschleichen. Jedenfalls werden wir im Reichstag den Judenstämmling nur ungern entbehren.

Völkische Verleumderflucht.

Wie man sich erinnert, hat Dr. Ganzer aus Berlin seinerzeit in München auf der Straße den Reichspräsidenten einen Landesverräter geheißen und dies damit begründet, daß der Reichspräsident im Januar 1918 den Munitionsarbeiterstreik angestiftet habe. Eine vom Reichspräsidenten darauf in München eingeleitete Beleidigungsklage endete, nachdem eine eingehende Beweisaufnahme die völlige Unrichtigkeit dieser Angaben gezeigt hatte, aus strafprozessualen Gründen damit, daß der Strafantrag zurückgenommen wurde. Ganzer veröffentlichte darauf in der Presse einen offenen Brief, in welchem er „im Interesse der geschichtlichen Wahrheit" die Beschuldigung wiederholte und sich bereiterklärte, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Der Reichspräsident stellte darauf erneut wegen verleumderischer Beleidigung Strafantrag gegen Ganzer, und zwar in Berlin, wo Ganzer seinen ständigen Wohnsitz hat. Seither ist Ganzer aber aus Berlin verschwunden und hat es vorgezogen, der Vorladung des Untersuchungsrichters nicht zu folgen. Nach Feststellung des Gerichts hält sich Ganzer in der Schweiz auf, er scheint, entgegen seiner Behauptung, an der Aufklärung der Sache das größte politische Interesse zu haben, nun auf einmal keinen Wert auf die gerichtliche Klärung zu legen. Ihm genügt es, die verleumderische Beleidigung für den Wahlkampf in die Welt gesetzt zu haben.

Sorgen der Börse.

Im allgemeinen war die Tendenz an der heutigen Effektenbörse wieder etwas freundlicher. Allerdings prägt sich diese Stimmung in den Kursen nur in sehr bescheidenem Umfange aus. Einer durchgreifenden Erholung wirken noch immer diejenigen Faktoren entgegen, die schon in der vergangenen Woche die Unternehmungslust stark hemmten. Das sind in erster Linie die Sorgen, die man sich hinsichtlich der Abwicklung der Maigeschäfte am Metallmarkt und auch der Frankspekulation macht, ferner die immer wieder auftauchenden Gerüchte über Zahlungsschwierigkeiten. Außerdem will man wissen, daß für Rechnung einer westdeutschen Bankfirma größere Exekutionen an der hiesigen Börse erfolgten. Genaues ließ sich bisher nicht feststellen. An günstigen Momenten sind vor allem jene Käufe zu nennen, die, offenbar vom Auslande ausgehend, zunächst den Montan- und Maschinenmarkt besonders bevorzugen. Im übrigen trägt das Geschäft noch ziemlich schleppenden Charakter.

Die Geldmarktlage ist für kurzfristige Ausleihungen flüssig, für langfristige Kredite jedoch unverändert knapp. Am Devisenmarkt zeigen sich keine nennenswerten Veränderungen.

Aluminium.

Zum ersten Male wurde in Berlin eine Ausstellung eröffnet, die den ganzen Umfang der deutschen Aluminiumindustrie ahnen läßt. Inmitten der unzähligen Schätze, die der große Messepalast am Leipziger Platz (Wertheim) birgt, sind zahlreiche Dinge aus Aluminium zu einer Ausstellung zusammengetragen, wie sie unterrichtender wohl nicht gedacht werden kann. Der Besucher, der Belehrung erwartet, wird hier auf seine Kosten kommen.

Zunächst wird die Herstellung des Aluminiums erläutert. Da liegen faustgroße, wie verrostetes Eisen anmutende Steine, der Bauxit, der im Tagebau gewonnen wird, zum Teil auch auf den Feldern, beim Ackern von den Bauern gefunden und gegen Entgelt abgeliefert wird. Dieses Ausgangsprodukt der Aluminiumerzeugung wird unter Zuhilfenahme von Soda in Tonerde verwandelt und daraus entsteht dann durch den elektrischen Strom das metallische Aluminium. Eine große Wandtafel, die allerdings für den Laien etwas übersichtlicher geordnet sein müßte, zeigt diesen in der Praxis recht verwickelten Weg vom Ausgangsstoff zum fertigen Aluminium. Das erste deutsche Aluminiumwerk war das kleine Werk in Rheinfelden, das etwa 1000 Tonnen Aluminium im Jahre herstellte. Während des Krieges aber wuchs diese Industrie empor. Leider wurde in dieser Zeit auf die vorhandenen Wasserkräfte, die zur Aluminiumerzeugung unschätzbare Dienste hätten leisten können, keine Rücksicht genommen. Im Sommer dieses Jahres wird das große Innwerk in Bayern, in dem die Wasserkräfte nach jeder Richtung hin wirtschaftlich ausgenutzt werden, mit einer Jahresproduktion von 10000 Tonnen in Betrieb genommen werden. Zeichnungen und Photographien zeigen den Umfang einiger Aluminiumwerke an. Wenn das Aluminium zu großen Blöcken zu sogenannten Masseln geworden ist, werden aus ihm Bleche, Rohre, Drähte usw. hergestellt. Auch diesen Entwicklungsgang zeigt die Ausstellung. Man sieht die vielen Legierungen, wie Duraluminium, Mudur, Skleron, Silumin, dazu aluminothermische Apparate, mit denen man u. a. Vanadium erzeugt, das die deutsche Industrie voraussichtlich von den ausländischen Stahlhärtungsmetallen wie Chrom, Wolfram und ähnlichem unabhängig machen wird. Als Nebenprodukte entstehen bei der Aluminiumfabrikation Teer aus der Braunkohle, Berulafarbe aus Rotschlamm, der in den Filterpressen zurückbleibt. Die ganze Ausstellung wird überragt und gleichsam gekrönt durch ein Junkers-Ganzmetallflugzeug, dessen Flügel eine Spannweite von 18 Metern haben. Ein Duraluminiumboot von 6,5 Metern Länge, das bereits drei Jahre in Betrieb gestanden hat, soll die Brauchbarkeit dieses Metalls für den Bootsbau dartun. Die AEG. stellt Motorgehäuse, Maschinenteile aller Art sowie Kabel aus Aluminium und ähnliches aus. An einigen Stellen wird gezeigt, wie Aluminium geschweißt und gelötet werden kann. Besonderes Interesse dürfte das Spritzverfahren erregen, mit dem alle möglichen unedlen Stoffe, wie Eisen, Holz, Papier, mit einem haltbaren Aluminiumüberzug versehen werden. Es hat den Anschein, als ob es fast nichts gäbe, wobei nicht irgendwie Aluminium Verwendung finden könnte. Unablässig sind Wissenschaft und Technik bemüht, die Aluminiumforschung so zu fördern, daß alle die Mängel, über die früher, insbesondere in der Zeit nach dem Kriege, bei den im Gebrauch befindlichen Aluminiumgegenständen geklagt wurde, beseitigt werden. Die großen Werke der Aluminiumindustrie haben ihre eigenen chemischen Laboratorien und liefern Aluminium von einer Reinheit, das sich im Gebrauch nicht verändert.

Kurz nach der Eröffnung der Ausstellung drängte sich bereits ein kauflustiges Publikum durch die von Silberglanz bestrahlten Verkaufsstände, und es hatte den Anschein, als wenn die Verkäuferinnen sehr fleißig sein müßten, um allen Wünschen der Käufer gerecht werden zu können, die, von der Ausstellung angezogen, sich alsbald all des Fehlenden erinnerten, das infolge der Kriegs- und Inflationszeit im Haushalt nicht beschafft oder ersetzt worden war.

Zur Aufklärung zweier Mordtaten.

500 Goldmark Belohnung in der Jüterboger Mordaffäre.

Der Mord an dem Bierkutscher Hause aus Jüterbog, der in der Nacht zum 16. August 1922 auf der Fahrt nach Jüterbog erschossen und am nächsten Morgen im Chausseegraben beraubt aufgefunden wurde, ist, wie wir vor einiger Zeit schon mitteilten, aufgeklärt worden. Der bei der Begehung der Tat erst 16½ Jahre alte Fürsorgezögling Lönning und der in Oberschlesien festgenommene Tischlergeselle Max Simon, die Hause aus Gefälligkeit auf seinem Wagen mitnahm, hatten beide das Geständnis abgelegt, daß Lönning auf Veranlassung des Simon, der ihm auch die Waffe in die Hand gedrückt hatte, den Kutscher ermordet hat. Simon, der zweifellos der intellektuelle Urheber dieser furchtbaren Tat gewesen ist, die einem Familienvater mit drei unerwachsenen Kindern für seine Gutmütigkeit das Leben gekostet hat, hat jetzt sein Geständnis, das er mehrfach, auch vor dem Richter, wiederholt hatte, widerrufen und nunmehr Angaben gemacht, die den Stempel des Unwahrscheinlichen an sich tragen. Zur restlosen Aufklärung der schändlichen Tat hat jetzt die Patzenhofer Brauerei in Uebereinstimmung mit der Behörde im Interesse ihrer Angestellten und des Publikums überhaupt eine wertbeständige Belohnung von 500 Mark ausgesetzt, um zu veranlassen, daß das Publikum sich an der vollkommenen Ueberführung des Simon beteiligt. Simon hat seinerzeit im Hotel Magdeburg in Luckenwalde Hausdienerarbeiten verrichtet und gehörte vorher und nachher zu den Metallsammlern des Schießplatzes Jüterbog. Hier war er eine bekannte Persönlichkeit. Wenn Simon sich unbeachtet glaubte, verschwand er mit dem Metall, das andere gesammelt hatten. Durch diese Handlungen hatte er sich den Zorn vieler Jüterboger Schießplatzjammler zugezogen. Alle Personen, die über seine Lebensweise und vor allen Dingen darüber Auskunft geben können, daß Simon im Besitz von Fahrrädern und Schmucksachen, namentlich von Ringen, gewesen ist, werden unter Hinweis auf die nur dem Publikum zukommende Belohnung gebeten, sich bei Kriminalkommissar Dr. Berndorff im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, Zimmer 51 a, zu melden. Fahrkosten werden ihnen ersetzt.

Der Tiefenseer Mordfall.

Ein Kapitalverbrechen, das im Oktober v. J. in Tiefensee verübt wurde, beschäftigt noch immer die Kriminalpolizei. Ein junger Mann namens Rudolf Klenner aus der Alten Jakobstraße hatte für seine Eltern aus der Gegend von Tiefensee wiederholt Kartoffeln besorgt. Im Oktober v. J. fuhr er wieder hinaus und nahm das erforderliche Geld mit. Jetzt aber kehrte er nicht wieder zurück. Sein Verschwinden blieb unaufgeklärt, bis man ihn am 23. November in einer Schonung ermordet und beraubt wiederfand. Die Ermittelungen ergaben, daß man ihn am 19. Oktober mit zwei Männern zusammen gesehen hatte. Auf diese beiden fiel der Verdacht. Der Kriminalpolizei gelang es, einen von ihnen, einen hinkenden Mann, der ein blaues Fahrrad mit sich führte, in Berlin zu ermitteln. Das Ergebnis der Ermittelungen und der Nachprüfungen seiner Angaben war jedoch, daß er an dem Verbrechen nicht beteiligt ist. Wer der zweite Mann war, weiß man immer noch nicht. Auf seine Ermittelungen hat jetzt der Oberstaatsanwalt von Breuzlau eine Belohnung von 200 Goldmark ausgesetzt. Der Verdächtige ist etwa 19 bis 20 Jahre alt, schlank und breitschulterig, hat ein langes Gesicht und trug einen nicht mehr neuen dunkelblauen Anzug, ein Halstuch und eine Schiebermütze. Er machte den Eindruck eines Knechtes. Mitteilungen zu seiner Ergreifung nimmt Kriminalkommissar Galzow im Polizeipräsidium entgegen.

Eine große Protestversammlung aller Kleingärtner Lichtenbergs findet heute Dienstag, den 29. April, abends 7 Uhr, im Lokal Schwarz, Möllendorffstraße 25-26, statt. Tagesordnung: Was geht im Bezirk Lichtenberg vor?

Musikus, spiel' auf!

Wie „Kundgebungen" in Kneipen „gemacht" werden.

Die Feinde der Republik verstehen ihr Geschäft. Zur Förderung ihrer Wühlarbeit nützen sie auch das Kneipenleben aus. Cafés, Restaurants und andere Erfrischungsstätten, die neben Genüssen für Zunge und Magen auch Unterhaltungsmusik bieten, werden in den Dienst der antirepublikanischen Agitation gestellt. Nichtsahnend will der Gast seine Tasse Kaffee oder sein Glas Bier zu sich nehmen — da klingen an sein Ohr die Klänge eines strammen Militärmarsches oder gar das „Heil dir im Siegerkranz". Ein paar der Gäste stehen auf und singen mit, durch Zeichen und ermunternde Worte mahnen sie andere, ihrem Beispiel zu folgen. In der Regel haben sie ja mit diesen Bemühungen nicht viel Glück, aber mancher Zuhörer glaubt vielleicht doch, Zeuge einer „Kundgebung" geworden zu sein. Besonders Ausländer, die in Berlin weilen und zufällig Gelegenheit haben, an einem derartigen Ohrenschmaus teilzunehmen, dürften leicht der Täuschung erliegen, daß dies der Ausdruck einer „echten" Stimmung sei. Von unterrichteter Seite wird uns gesagt, daß es sich hier um eine planvolle Mache handelt, womit allerdings nur bestätigt würde, was wir längst vermutet haben. Gruppen von mehreren Personen besuchen diese Kneipen, lassen tüchtig auftragen, was Küche und Keller hergeben, und glauben dann fordern zu dürfen, daß ihnen auch die Musik aufgespielt wird, die nach ihrem Geschmack ist. Wo sie nicht von vornherein auf willige Erfüllung ihres Verlangens rechnen können, versuchen sie nachzuhelfen, indem sie dem Widerstrebenden die kleine Mühe mit einer nicht zu knapp bemessenen Spende aus ihrer gut gespickten Brieftasche vergüten. Für Geld kann man, wie ein Sprichwort sagt, den Teufel tanzen lassen, warum sollte man da nicht auch einen Musikus bewegen können, „Heil dir im Siegerkranz" zu spielen! Musiker mit Ehrgefühl werden sich allerdings zu solchen „Kundgebungen" nicht kaufen lassen, sondern dieser Sorte von „Musikfreunden" die gebührende Antwort geben. Die zum Schutz der Republik berufenen Stellen sollten sich bemühen, dem Treiben nachzuspüren und ihm ein Ende zu bereiten. Wenn die uns gemachten Angaben zutreffen, kann es bei Ueberwachung solcher Kneipen durch Kriminalpolizei nicht schwer sein, sehr bald ein paar der Burschen abzufassen. Wir vermuten, daß die Jagd auf sie gerade in diesen letzten Tagen vor der Wahl noch recht erfolgreich sein könnte.

Unsere Wählerversammlungen.

Es ist eine bezeichnende und erfreuliche Tatsache zugleich, daß am Ende des Wahlkampfes Angehörige der bürgerlichen Parteien zahlreich in sozialdemokratischen Versammlungen erscheinen, um sich informieren zu lassen. Das sah man auch gestern in der außerordentlich stark besuchten Versammlung in Halensee, wo Genosse Schulz das Wort hatte. Er unterstrich die politische Unreife, die sich jetzt so kraß in den unendlich vielen neuen Parteien kundtue, und er stellte demgegenüber die energische, zielbewußte Arbeit der Sozialdemokratischen Partei. Nur diese Partei könne daher auch dafür sorgen, daß das soziale Los aller arbeitenden Kreise verbessert wird. Genosse Schulz betonte ferner, daß ein Rückschlag durch den Wahlausfall auf Entwicklung und weitere Verbreitung des Sozialismus keinen wie immer gearteten Einfluß ausüben könne. Einer der anwesenden Bürgerlichen legte, nachdem er sich in der Debatte noch über verschiedene Fragen hatte belehren lassen, Bekenntnis zur Sozialdemokratie ab. — Vor den Biesdorfer Wählern hielt Genosse Hetzschold Abrechnung mit den Kriegshetzern und denen, die mit ihnen „ein gut Stück Weges zusammengehen" wollen. Die Sozialdemokratie hat die Entwicklung für sich, sie ist die Partei der Zukunft. — In Biesdorf-Süd legte Genosse Reimann überzeugend dar, daß am 4. Mai über Deutschlands Schicksal und seine Arbeiterschaft entschieden wird, und daß die VSPD. stets bereit war, das bestmöglichste für das Volk herauszuholen. Wer anders als VSPD. wählt, versündigt sich und fördert neuen Krieg und Brudermord. — In Marzahn sprach Genosse Lempert über die Folgen einer Rechtsmehrheit im neuen Reichstag. Die Ausführungen wurden andächtig entgegengenommen und kommunistische Zwischenrufe sofort erledigt. — In Berlin-Mitte referierte Genosse Moses. Seine treffende Kennzeichnung des kommunistischen Radikalismus als Kinderkrankheit wurde noch besonders unterstrichen durch den persönlichen Bericht eines russischen Genossen, der die unerhörten Drangsalierungen russischer Sozialisten durch die Kommunisten schilderte. — Auch die Versammlungen in Charlottenburg, Adlershof und Oberschöneweide, in denen die Genossen Crispien, Kutisker und Lempert sprachen, waren stark besucht und legten Zeugnis ab von der vorzüglichen Stimmung der Versammlungsteilnehmer. — Eine öffentliche Wählerversammlung in Bernau war sehr gut besucht. Trotz dauernder Störungsversuche der Kommunisten, die von Anfang an diese Absicht erkennen ließen, gelang es dem Genossen Hertz, seine fast zweistündigen Ausführungen zu Ende zu bringen. Zur Diskussion hatten sich fünf Redner gemeldet. Die Redezeit wurde infolgedessen auf 10 Minuten begrenzt. Als der erste kommunistische Redner, Kühl, das Wort erhielt, erklärte er sofort, daß er auch nach Ablauf seiner Redezeit weitersprechen würde. Diese Absicht führte er auch aus und bestätigte damit, daß die Kommunisten auch in Bernau nichts anderes können, als durch Radau und Tumult die Position der Arbeiterklasse zu erschüttern.

*

In einer sehr gut besuchten Frauenversammlung in der Aula der Hohenzollernschule in Schöneberg sprach Genossin Elfriede Rynek. Ausgehend von der Bedeutung der Frauenarbeit im Reichstag wies sie darauf hin, daß beim Kampf um die Gleichstellung der Frau und Mutter im deutschen Reich die Sozialdemokratie immer alleingestanden habe. Einen Teil ihrer alten Forderungen habe sie durchsetzen können. Wenn man das erhalten und weiteres erreichen, wenn man vor allem als Frau und Mutter unser Volk vor einem neuen Krieg bewahren wolle, dann könne man nur die Partei wählen, die sich den Forderungen der Frauen gegenüber stets bewährt habe, die VSPD.

Rückkehr des Berliner Kinderchors.

Der Berliner (Schwarzmeiersche) Kinderchor, der kürzlich nach Oesterreich gefahren war, um die österreichischen Freunde durch seine Darbietungen zu erfreuen, ist heute morgen von seiner Sängerfahrt mit im ganzen 438 Kindern zurückgekehrt. Von den übrigen 82 Kindern sind 14 erkrankt, die noch kürzere Zeit in Oesterreich zur Beobachtung bleiben müssen, sich jedoch unter Obhut einer reichsdeutschen Schwester in bester Pflege befinden, so daß keinerlei Grund zur Beunruhigung vorhanden ist. Die übrigen 68 Kinder werden voraussichtlich am 1. oder 3. Mai die Rückreise nach Deutschland antreten.

Mieterbund Köpenick. Heute abend ½8 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Dorotheenschule. Wichtige Tagesordnung.

Mieter, wie wählen wir in den Reichstag? Der Berliner Mieterbund, Bezirk Tiergarten, veranstaltet am Dienstag, den 29. April, abends 7½ Uhr, eine öffentliche Versammlung im Nationalhof, Bülowstr. 87 (großer Saal), zu dem obigen Thema. Die Vertreter der politischen Parteien sind eingeladen.

114 Bergleute verschüttet. Zu der Meldung über das Grubenunglück bei Wheeling in Westvirginien erfahren wir folgende Einzelheiten: 114 Bergleute wurden durch ein Schlagwetter gestern früh um 7.30 Uhr in einer der Gruben der Gegend verschüttet. Der Eingang der Mine ist versperrt und bisher ist es nur gelungen, zwei schwerverletzte Bergarbeiter und zwei Leichen zutage zu fördern. Nach Ansicht eines Sachverständigen müssen die übrigen Verschütteten als verloren gelten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis Kreuzberg. Alle Abteilungen sofort im Sekretariat, Lindenstraße 3, Zimmer 7. Plakate abholen für die Freitag-Versammlung.

97. Abt. Neukölln. Alle Funktionäre haben sich mit ihren Wahlhellern am Mittwoch, 30. April, abends 6 Uhr, in der Vorwärtsspedition beim Genossen Rohr einzufinden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnpolitik der Regierung.

Als die deutsche Wirtschaft im November 1923 zur Rentenmark überging, erklärte die Regierung, Löhne und Gehälter der Reichsarbeiter nicht mehr nach den tatsächlichen Bedürfnissen, sondern nur nach den zur Verfügung stehenden Mitteln zahlen zu können. Im Laufe der Verhandlungen setzten die Regierungsvertreter durch, daß für die Arbeiter drei Lohngebiete geschaffen wurden, während die Beamten und Angestellten nach einer einheitlichen für das ganze Reich geltenden Besoldungsordnung ihre Gehälter beziehen. Weiter wurde das während der Inflationsperiode befolgte Prinzip, den in seiner Tätigkeit vergleichbaren Beamten und Arbeiter annähernd gleichmäßig zu entlohnen, fallen gelassen. Dagegen vertrat man die Auffassung, daß die Löhne der Arbeiter nur an den Löhnen der Privatindustrie und allenfalls an den der kommunalen Betriebe gemessen werden können. Gehandelt aber wurde nicht danach. So erhielt nach der Novemberregelung z. B. ein gelernter Handwerker im Wirtschaftsgebiet I (östlicher Teil Deutschlands) Ortsklasse A pro Stunde 35 Pf., der Beamte 42 Pf.,; bei mehrjähriger Dienstzeit steigern sich die Sätze für den Beamten sogar bis zu 52 Pf. pro Stunde. Der ungelernte Arbeiter, der in den letzten Jahren mit den Beamten der Gehaltsgruppe III Stufe 3 verglichen wurde, erhält jetzt einen Stundenlohn von 30 Pf. gegenüber 37 Pf. des Beamten. Auch in diesem Falle steigern sich die Sätze des letzteren je nach der Dienstzeit bis zu 46 Pf. Rechnet man dazu noch, daß der Beamte durchschnittlich 5 Pf. Kinderzulage pro Stunde gegenüber 3 Pf. des Arbeiters erhält, so verschlechtert sich das Verhältnis immer mehr zuungunsten des Arbeiters. Selbst im Wirtschaftsgebiet II, in welchem bedeutend mehr Arbeiter als im Wirtschaftsgebiet I vorhanden sind, ist immer noch ein Plus zugunsten des Beamten vorhanden und erst im Lohngebiet III (besetztes Gebiet) gleicht sich das Verhältnis einigermaßen aus.

Ausdrücklich bemerken wir, daß es uns fern liegt, mit den angezogenen Vergleichen etwa zum Ausdruck bringen zu wollen, daß die Beamten zu hohe Bezüge hätten. Im Gegenteil! Auch die Beamtengehälter, besonders der unteren Beamtengruppen, sind viel zu niedrig. Worauf es ankommt, ist, in aller Oeffentlichkeit einmal zu zeigen, daß die Lohnpolitik der Regierung durchaus unzulänglich und nicht zu rechtfertigen ist.

Deshalb versagten die Organisationen der Reichsarbeiter dieser Politik ihre Zustimmung. Wohl vertröstete die Regierung die Arbeiter ständig mit dem Versprechen, sobald es ihr finanziell möglich sei, eine Erhöhung der Sätze eintreten zu lassen. Unterdessen sind Monate ins Land gegangen, ohne daß die Regierung sich veranlaßt fühlte, etwas zu tun. Auch die letzte Regelung beließ es ab 1. April bei folgenden Sätzen

Es erhalten ab 1. April im Lohngebiet I der Arbeiter in Lohngruppe V 32 Pf. Stundenlohn, der vergleichbare Beamte in Gruppe II Stufe 3 42,9 Pf. Ein Handwerker in Lohngruppe I 37 Pf., der vergleichbare Beamte 46 Pf. Während die Gehälter der Beamten nach Dienstjahren im ersteren Falle bis zu 50 Pf., im zweiten Falle bis zu 60 Pf. steigen, hat der Arbeiter keine Möglichkeit, sofern er das 24. Lebensjahr erreicht hat, in seinem Lohne höher zu kommen. Im Lohngebiet II erhalten die beiden vergleichbaren Gruppen Arbeiter 36 bzw. 43 Pf., der Beamte wie oben. Dabei darf nicht vergessen werden daß die Beamten eine Kinderzulage im Durchschnitt von 6 Pf pro Stunde erhalten, während der Arbeiter nur eine solche von 3 Pf. pro Stunde bekommt.

Damit haben wir es unter der jetzigen Aera soweit gebracht, daß der Reichswehrsoldat beim Beginn seiner Dienstzeit mehr erhält als der ungelernte Arbeiter im Reich und daß in den Betrieben und Verwaltungen Arbeitnehmer, mit der gleichen Tätigkeit beschäftigt, Lohnunterschiede bis zu 75 Proz. aufweisen. Daß höhere Beamte bei der letzten Gehaltsregelung mehr Zulage erhalten haben, als ein Arbeiter im ganzen Jahre verdient, sei nur nebenbei erwähnt.

Abgesehen von diesen Mißständen, die auf die Arbeitsenergie und Arbeitslust zurückwirken, bleiben die Löhne der Reichsarbeiter beträchtlich hinter denen der Privatindustrie und der Gemeinden zurück. Heute ist das Verhältnis so, daß selbst in einem so reaktionären Bezirk wie Königsberg, auf den die Regierung bis jetzt immer hingewiesen hat, wenn es galt, die Löhne zu drücken, die Gemeindearbeiter bis zu 5 Pf. die Stunde mehr verdienen als die Reichsarbeiter. In anderen Gegenden Deutschlands ist es ähnlich. So stehen z. B. in Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen die Löhne der Gemeindearbeiter zum Teil bis zu 10 Pf. pro Stunde über den Löhnen der Reichsarbeiter. Genau so verhält es sich mit einem Vergleich in der Privatindustrie. In Würtemberg z. B. erhalten Maurer, Schlosser, Schmiede usw. 55 Pf. pro Stunde, der Reichsarbeiter dagegen aber nur 43 Pf., der Bauhilfsarbeiter im Alter von 18 bis 19 Jahren 41 Pf., der ungelernte Arbeiter über 24 Jahre im Reich dagegen nur 32 Pf.

Eine solche Lohnpolitik wird von der Regierung zweifellos mit Absicht verfolgt. Die Reichsarbeiter haben am 4. Mai Gelegenheit, gegen die bestehende Ungerechtigkeit mit dem Stimmzettel zu antworten.

Kommunistischer Zusammenbruch in Mitteldeutschland.

Aus Halle wird uns berichtet:

Die Kommunistische Partei bemüht sich krampfhaft, die Gewerkschaften in das kommunistische Putschfahrwasser zu leiten. Nachdem sie in einer ganzen Reihe von Organisationen schmählichen Schiffbruch erlitten hat, versucht sie nunmehr, die mitteldeutsche Bergarbeiterschaft in einen Generalstreik, oder besser gesagt, in einen Generalputsch hineinzutreiben. Zu diesem Zwecke hatte die Kommunistische Partei für Sonntag, den 27. April, einen Kongreß der mitteldeutschen Bergarbeiter nach Leipzig einberufen. Eingeladen waren die Funktionäre und Betriebsräte des gesamten Bergbaus Mitteldeutschlands. Der kommunistische „Massenkampf" hatte seit 8 Tagen einen sich täglich steigernden Radau geschlagen und auch durch eine Reihe aufpeitschender Artikel Propaganda für diesen Kongreß gemacht. Nach der ganzen Aufmachung zu urteilen, hätte der Kongreß ein Riesenausmaß haben müssen.

Das Gegenteil trat ein. Die mitteldeutschen Bergarbeiter, soweit sie organisiert sind, haben die Kommunisten unter sich gelassen. Auf dem „Kongreß" waren vertreten die Bezirke Zeitz, Nordhausen, Hildesheim, Senftenberg, Oelsnitz, Zwickau und Schlesien. Aus dem Ruhrgebiet waren Gäste anwesend. Es hätte also ein riesiger Aufmarsch der Kameraden stattfinden müssen. Nichts von alledem. Ganze 42 Delegierte aus all den großen Bezirken waren anwesend und maßten sich an, weil über 400 Betriebe vertreten zu wollen. Von diesen Delegierten gehörten 33 der KPD. an, 2 der USP. und die übrigen waren parteilos. Vom Bergarbeiterverband nahmen aus der sogenannten Opposition etwa acht Delegierte teil. Man kann also von einem ganz glatten Zusammenbruch der kommunistischen Werbearbeit unter den Bergarbeitern reden.

Das Referat hielt Schröder (Berlin), der zum Ausdruck brachte, daß die heutige reformistische Gewerkschaftsarbeit ersetzt werden müsse durch eine aggressive Kampftätigkeit. Er bat dann die Delegierten um Stimmungsberichte aus den einzelnen Revieren, und da erlebte Schröder eine völlige Ernüchterung. Der größte Teil der Delegierten berichtete, daß infolge der vergangenen Kämpfe Kampfstimmung für einen Generalstreik nicht vorhanden sei. Ein Delegierter aus Oberschlesien berichtete, daß zur Durchführung der offenen Entscheidungskämpfe der Bergarbeiter alle Maßnahmen getroffen seien. Es seien Hundertschaften gebildet in Stärke von etwa 4000 Bergarbeitern, die in der letzten Zeit fleißig Felddienstübungen vorgenommen hätten, um kampfgerüstet zu sein. Diese Ausführungen wurden von stark zweifelnden Zwischenrufen begleitet.

Nichtsdestoweniger peitschte Schröder in seinem Schlußwort die Delegierten auf, den zentralen Beschlüssen zuzustimmen. Demnach soll am 1. Mai der Generalstreik der mitteldeutschen Bergarbeiter proklamiert werden. Zu diesem Zwecke wurde eine sechsgliedrige Kampfleitung gewählt, die die Vorarbeiten für die Einleitung des kommunistischen Generalstreiks treffen soll.

Der größte Teil der Delegierten gehörte der „Union" an. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß die Kommunistische Partei lediglich Agitation für die Union leisten will unter Zuhilfenahme der verlogensten Mittel, denn sie hat den Namen des ADGB. zur Einladung mißbraucht und gefälscht. Die freien Gewerkschaftler haben diese Fälschung aber rechtzeitig erkannt und sind auf diesen plumpen Trick nicht hereingefallen.

Wann beginnt die Amtsperiode des Betriebsrats.

Ueber diese Frage sind die Rechtskundigen verschiedener Meinung. Eine Ansicht geht dahin, daß die Amtsperiode mit der Einreichung der Vorschlagsliste beim Wahlvorstand beginnt, falls nur eine Liste vorhanden ist, oder bei mehreren Listen nach vollzogener Wahl. Eine andere Meinung läßt die Amtsperiode mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses oder der Einheitsliste beginnen. Eine dritte Ansicht will erst die Einspruchsfrist ablaufen lassen, und eine vierte Meinung geht dahin, daß die erste Sitzung, in der sich der Betriebsrat konstituiert, den Beginn der Amtsperiode darstellt.

Welche von diesen Ansichten zutreffend ist, darüber hatte die Kammer 11 des Gewerbegerichts Berlin in folgendem Falle zu entscheiden:

Bei der Firma Rallenius (Metallindustrie) war dem Wahlvorstand am 14. März eine Vorschlagsliste eingereicht. Andere Listen waren nicht vorhanden. Auf der eingereichten Liste stand auch der Dreher K. Am 29. März wurde K. von der Firma entlassen, weil eine geeignete Beschäftigung für ihn nicht mehr im Betriebe vorhanden war. Der alte Betriebsrat, in der Meinung, daß seine Amtsperiode bis zum 31. März lief, erkannte den Entlassungsgrund als berechtigt an, ohne aber ausdrücklich zu erklären, daß er der Entlassung zustimme. Dieser Erklärung trat später auch der neue Betriebsrat bei, und zwar in einer Sitzung, zu der K. gar nicht hinzugezogen war. Dann hat der Wahlvorstand eine Bekanntmachung erlassen des Inhalts, daß an Stelle des Drehers K. ein Ersatzmitglied in den Betriebsrat eingetreten sei, und dieser Betriebsrat hat am 9. April der Entlassung des Drehers K. zugestimmt.

K. klagte gegen seine Entlassung, weil die Zustimmung des Betriebsrats gefehlt habe, denn der neue Betriebsrat sei am 14. März gewählt, mit diesem Zeitpunkt sei die Funktion des alten Betriebsrats erledigt gewesen, er habe also über die Entlassung nicht mehr zu befinden gehabt. Die Entscheidung des neuen Betriebsrats sei hinfällig, weil er sein Mitglied, den Kollegen K., nicht hinzugezogen habe. Die Erklärung, die den Entlassungsgrund anerkennt, sei übrigens noch keine ausdrückliche Zustimmung zur Entlassung.

Nach einer langen Beratung verkündete der Vorsitzende den Standpunkt der Kammer dahingehend: Der Kläger sei am 29. März, dem Tage seiner Entlassung, gewählt gewesen, er habe also nicht ohne Zustimmung des Betriebsrats entlassen werden können. Die Zustimmung des alten Betriebsrats komme nicht in Frage, sondern nur die des neuen, aber nicht die erste, bei der Kläger nicht mitgewirkt habe, sondern die am 9. April abgegebene Zustimmung sei maßgebend. Mithin stehe dem Kläger der Lohn bis zum 9. April zu.

Polen und der Achtstundentag.

Eine jüngste Aeußerung des polnischen Ministerpräsidenten zur Frage der Arbeitszeit ist beachtenswert. Polen hat seit vier Jahren den gesetzlichen Achtstundentag und die 46-Stundenwoche. Gelegentlich der ersten Tagung des neuen Wirtschaftsrates wurde von Unternehmerseite die Verlängerung der Arbeitszeit angeregt. Der Ministerpräsident erklärte demgegenüber, daß er überzeugt sei, der Achtstundentag sei für den industriellen Fortschritt wesentlich. Der Entschluß der Regierung, den Achtstundentag zu erhalten, ist um so bemerenswerter, als sich das Land in einer Wirtschaftskrise befindet, und überdies, weil es Nachbar Deutschlands ist, wo bereits vielfach vom Achtstundentag abgewichen ist. Ferner ist zu berücksichtigen, daß Polen das Washingtoner Achtstundenübereinkommen bisher nicht ratifiziert hat, so daß keine internationale Verpflichtung der Ausdehnung des Arbeitstages im Wege stünde.

Aus der Partei.

Vom ungarischen Parteikongreß.

Auf dem Jahresparteitag der ungarischen Sozialdemokratie wurde dem Genossen Abg. Schäfer-Reichenberg, der für die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei erschienen war, vom Regierungsvertreter das Wort entzogen. Bei der Wahl des Vorsitzenden kam es zu stürmischen Szenen, da es sich herausstellte, daß etwa dreißig Polizeispitzel im Saal warn; diese mußten fluchtartig den Saal verlassen. Den Bericht des Parteivorstandes erstattete Farkasch, den Bericht der Fraktion Vanzak. Dieser wendete sich gegen die Wünsche, die Partei möge die Nationalversammlung boykottieren, und wies auf die schweren Gefahren der Abstinenzpolitik hin. In der Debatte zeigte sich eine ansehnliche oppositionelle Gruppe. Diese verlangte, daß die Partei alles ausbieten lasse, um die Eingekerkerten und Internierten zu befreien und die Rückkehr der Emigranten nach Ungarn zu sichern. Eine von der Opposition eingebrachte Resolution wurde abgelehnt, aber eine Resolution des Parteivorstandes angenommen, die ebenfalls die Liquidierung der Gegenrevolution und die Wiederherstellung demokratischer Einrichtungen verlangt. Bei der Wahl der Parteivertretung stellte die Opposition eine besondere Liste auf, auf der sich auch der ehemalige Generalstabschef der Roten Armee, Aurel Stromfeld, befand. Die Liste der Opposition unterlag gegen die Liste des Parteivorstandes.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Auf Teilzahlung!
Komplette Zimmer sowie Einzelmöbel
zu sehr billigen Preisen!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I.
am Untergrundbhf. Nordring

Gabardine
130 br. r. Wolle
8.50 M., 9.75 M
Kostüm-, Kleider-, Futterstoffe bedeutend unt. Preis.
Haarpuder
Schöneberg, Goltzstr. 2
a. d. Grunewaldstr.

Dezimalwagen

Tafelwag., Gewichte, Billigste Preise. Großes Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Beim Lokomotivbhf.

Teppiche
nur erstklassige Fabrikate in allen Größen und Qualitäten,
Vorlagen, Brücken, Vorhang- und Läuferstoffe, Tisch- u. Diwandecken.
Einzelverkauf
zu billigsten Engros-Listenpreisen
Größtes Teppichlager
Seit 1897
Bln.-Schöneberg
Nur Hauptstr. 5.

Läuferstoffe • Teppiche
in Velour, Bouclé, Kokos — Diwan-Decken
Linoleum als Zimmerbelag, Läufer, Teppiche in großer Auswahl
Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen
Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten
G. Bargende, Charlottenburg
Windscheidstr. 11 (Ecke Pestalozzistraße) Fernsprecher: Wilhelm 2790
Wilmersdorfer Str. 79 (Ecke Kurfürstendamm) Fernsprecher: Steinplatz 4194

Strickwesten
Bleyles Kinderkleidung
Ständig großes Fabriklager in Strick- und Wirkwaren aller Art zum Einzelverkauf
Bruno Richter & Co. Fabrik-Niederlage thüring. Wollwaren
Bln.-Pankow, jetzt Mühlenstr. 1 (Ecke Breite Straße)

Kapitän-Kautabak
unerreicht im Wohlgeschmack. Nur echt mit Firmenzettel! In den meisten Geschäften käuflich. Für Wiederverkäufer durch C. Röcker, Berlin, Lichtenbergerstr. 22 (Kgst. 3861)

Gardinenverkauf Witte, Wilmersdorfer Str. 66 A. 1. Etage Kein Laden. Konkurrenzlos bill. Preise in Gardinen, Stores, Betth., Tisch- u. Diwandeck., Bettvorlg. Bei ohne Kaufzwang. Anzahlung gestattet
Ruhebetten 20 M.
Klubgarnit. 170 M.
Chaiselong.-decken .. 12 M.
Neukölln, Anzengruberstr. 2

Frage:
Wo kaufe ich billig Schokoladen?
Antwort:
Nur bei
Eisen & Diamant
Kaiserstraße 4.
Abteilung II:
Zigaretten-Engros-Vertrieb
Andreasstr. 13 (Schles. Bahnh.)

Wäschepracht
Die gute reine Kernseife 66% Fettgehalt.
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher Güte! Ohne schädliche Bestandteile!
Stark & Co, Seifenfabrik G. m. b. H.
Berlin NO 55, Colmarer Straße 8–9.

Das Beste — das Billigste!
Herrenanzüge 48.– 38.– 32.– 19.–
Knabenanzüge 19.– 16.– 12.– 9.–
Hosen 18.– 15.– 12.– 9.– 3.–
Alle Waren spottbillig! — Riesenauswahl!
Fahrvergütung.
Vormittags jeder Kunde ein Geschenk
G. Prager, Brunnenstraße 81, 3 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Möbel Müller!
Berlin C., Alexanderstr. 31 Tel. Kgst. 1731
Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohn- und Schlafzimmer, sowie Einzelmöbel ab Fabrik zu billigst. Preis.

Alle Artikel zum
Selbstrasieren
in vorzügl. Qualität u. groß. Auswahl
Kopp & Joseph
Berlin W 37
Potsdamer Str. 122

Besonders wirksam sind alle „KLEINEN ANZEIGEN" in der Gesamtauflage des Vorwärts, trotzdem billig!

Die Firma Carl Zobel SO. Köpenicker Straße 121 (Ecke Michaelkirchstraße)
ist und bleibt
eine der vorteilhaftesten Bezugsquellen Berlins
für wirklich gediegene Herrenkleidung fertig und nach Maß
Größte Auswahl! Wirklich billige Preise! Schicke Fassons!